

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Gerd Landsberg
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0

✉ dstgb@dstgb.de

📘 [facebook.com/dstgb](https://www.facebook.com/dstgb)

🐦 twitter.com/Gemeindebund

📷 [instagram.com/gemeindebund](https://www.instagram.com/gemeindebund)

Der DStGB:

Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Statement zu Klimaschutz und Klimaanpassung

Hitze und Dürre in Städten und Gemeinden

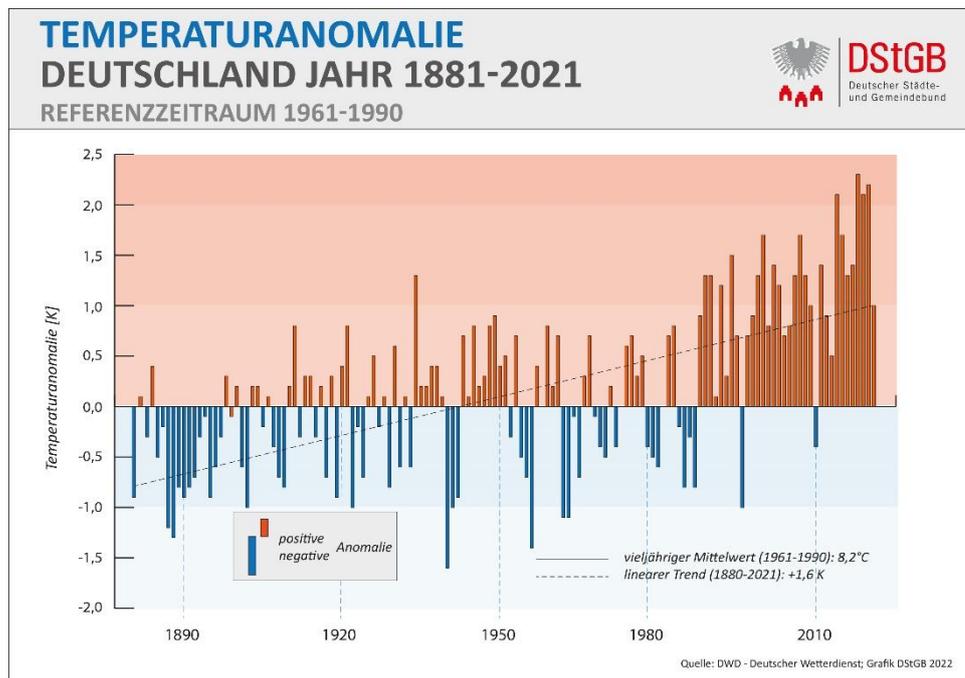
Extremwetterereignisse als Folgen des globalen Klimawandels nehmen weiter zu. Die Auswirkungen sind in unseren Städten und Gemeinden immer deutlicher spürbar. Nicht nur Starkregenereignisse und Hochwasser stellen die Kommunen vor große Herausforderungen. Auch langanhaltende Hitze und Trockenheit führen zu gravierenden Folgewirkungen. Neben verstärkter Klimaschutzanstrengungen bedarf es daher zukünftig auch effizienter Maßnahmen der Klimafolgenanpassung. Es darf nicht nur darum gehen, Schäden nach Extremwetterereignissen zu beseitigen, sondern mit klugen Konzepten vorzubeugen und geeignete Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Kommunen sind hierbei Schlüsselakteure.

Laut des neusten Berichts des Weltklimarates (IPCC) von 2022 werden die Klimarisiken für Ökosysteme und Menschen deutschlandweit rapide zunehmen. Dadurch werden künftig sehr viel mehr Regionen in Deutschland insbesondere mit den Auswirkungen von Hitze und Dürre konfrontiert sein.

Diese Entwicklungen beeinflussen nicht nur die Infrastrukturen in unseren Städten und Gemeinden, sondern auch die Umwelt, die Wirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft und nicht zuletzt das Leben und die Gesundheit eines jeden Einzelnen. Die Zunahme von Hitzetagen und Tropennächten stellt besonders für ältere Menschen, chronisch Kranke und Kinder ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko dar.

Langanhaltende Hitzeperioden führen zudem zu Dürre und Wasserknappheit. Zahlreiche Flüsse und Bäche sind in den vergangenen Sommern in Deutschland ausgetrocknet und Seen „gekippt“. In einigen Regionen führt die Wasserknappheit bereits zu Versorgungsengpässen und Nutzungskonflikten rund um die Trinkwasserversorgung. Neben zum Teil erheblichen Ernteaufällen in der Landwirtschaft und großen Schäden in der Forstwirtschaft steigt mit langanhaltender Hitze und Dürre auch die Gefahr von Wald- und Flächenbränden. Um Städte und Gemeinden langfristig resilient und lebenswert auszugestalten, bedarf es in den kommenden Jahren umfassender Anpassungsprozesse. Dies erfordert städtebauliche Maßnahmen, wie die der Sanierung kommunaler und privater Gebäude oder die Anpassung von Verkehrskonzepten. Damit Kommunen hier handlungsfähig bleiben, gilt es gemeinsame Anstrengungen mit Bund und Ländern für eine verstärkte Klimaanpassung voranzutreiben.

Dabei sind zwingende und verpflichtende Vorgaben zur Klimaanpassung, wie sie der Bund mit dem Entwurf eines Klimaanpassungsgesetzes im Frühjahr 2023 für Länder und Kommunen vorgeschlagen hat, kritisch zu hinterfragen. Es sollte vielmehr auf den guten kommunalen Praxisbeispielen zur Klimaanpassung aufgesetzt und diese durch eine gezielte Förderung von Anpassungskonzepten und konkreten Maßnahmen in die Breite getragen werden.



Temperaturanomalie in Deutschland in den Jahren 1881 bis 2021; Grafik DStGB 2022

Gemeinsame Zusammenarbeit und Vernetzung stärken

Die Auswirkungen von Hitze und Dürre stellen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Kommunen sind in diesem Bereich bereits seit vielen Jahren aktiv und befassen sich intensiv mit der Hitze- und auch Überflutungsvorsorge, insbesondere durch Maßnahmen der Stadtentwicklung und des Katastrophenschutzes.

Die Bewältigung der Klimafolgen ist allerdings keine alleinige kommunale Aufgabe, sondern fordert Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Bund und Länder sind daher aufgefordert, die Kommunen bei Vorsorgemaßnahmen und der Bewältigung von Hitzefolgen zu beraten und finanziell auszustatten. Dazu gehört ebenfalls die Ausweitung einer entsprechenden Zusammenarbeit, welche durch eine gemeinsame Strategie der Klimaanpassung bzw. einen gemeinsamen Aktionsplan zu hinterlegen ist.

Städte und Gemeinden können sowohl aus guten als auch aus

schlechten Beispielen und dem Austausch mit anderen Kommunen lernen. Dahingehende Vernetzungsangebote und Best-Practice-Beispiele gilt es nicht nur zu fördern, sondern zu verstetigen.

Förderprogramme verstetigen

Aktive Maßnahmen gegen den Klimawandel und die Anpassung an dessen Folgen werden in der kommenden Zeit immer wichtiger.

Der im Sommer 2021 von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundesumweltministerium verabschiedete Drei-Punkte-Plan zur Anpassung an den Klimawandel ist hierbei ein erster wichtiger Schritt gewesen. Dies gilt es nunmehr deutlich auszuweiten.

Das vom Bundesumweltministerium im März 2022 präsentierte „Sofortprogramm zur Klimaanpassung“ adressiert die hierbei wichtigen Aspekte. Vorgesehen ist eine deutliche Ausweitung der bisherigen Förderung. Als weitere Schwerpunkte sind die Information und Beratung sowie die Vernetzung von Kommunen

untereinander genannt. Die angekündigten Punkte sind sehr begrüßenswert. Nunmehr gilt es diese zeitnah zu implementieren und auf die konkreten Bedürfnisse der Kommunen auszurichten. Zu diesem Zweck sind die Arbeit des Zentrums Klimaanpassung und die Förderrichtlinien zur Klimaanpassung auszubauen.

Gleiches gilt auch für die Kommunalförderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative sowie für die Städtebauförderung des Bundes und der Länder, die sich in der Vergangenheit als Erfolgsmodelle erwiesen haben und langfristig auf einem hohen finanziellen Niveau fortgeführt werden müssen.

Kommunale Hitzeaktions- und Notfallpläne weiter ausbauen

Kommunale Hitzeaktionspläne werden angesichts der sich verändernden klimatischen Bedingungen immer wichtiger. Hitzeaktionspläne sind ein wirksames Instrument, um Menschen und Strukturen auf extreme Hitzeereignisse vorzubereiten und auf diese zu reagieren.

Besondere Priorität hat dabei der Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen wie Senioren, Kranke und Kinder bspw. durch Einrichtung von Kühlräumen und Beschattungsmöglichkeiten in Kindergärten, Schulen, Parks und öffentlichen Plätzen. Sofern noch nicht vorhanden, sollten Hitzepläne besonders betroffene Einrichtungen wie Krankenhäuser und Behinderten- sowie Alten- und Pflegeeinrichtungen mit einbeziehen.

Die im „Sofortprogramm Klimaanpassung“ angekündigten Beratungsangebote zur Entwicklung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen sind hierbei von großer Bedeutung.

Die in allen Bundesländern vorhandenen Hitzewarnsysteme, die mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD) eingerichtet wurden, sind zu überprüfen und ggf. anzupassen. Hierbei muss sichergestellt werden, dass besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen rechtzeitig und im erforderlichen Umfang gewarnt werden.

Klimagerechte Stadtplanung als Querschnittsaufgabe

Zentrales Element bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist eine klimagerechte Stadtentwicklung und -planung. Dabei gilt es diesen Aspekt bei der Sanierung oder Neuerrichtung öffentlicher bzw. kommunaler Gebäude unmittelbar einzuplanen. Dazu gehört neben einer ausreichenden Dämmung von Gebäuden auch der Einbau von Kühlungsanlagen wie bspw. Kühldecken oder auch Erdsonden. Und auch in der langfristigen Straßen- und Verkehrsgestaltung gilt es Herausforderungen durch Hitzeschäden zu berücksichtigen und hitzeangepasste Materialien zu verwenden.

Dahingehende Planungsprozesse sind als interdisziplinäre Querschnittsaufgabe zu verstehen. Die Zusammenarbeit und damit die Integration des Fachwissens verschiedener Disziplinen, wie z. B. der Stadt- und Freiraumplanung, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs, der Architektur und des Sozialen sind von besonderer Bedeutung. Im Sinne einer koordinierten Zusammenarbeit ist eine institutionelle Verankerung innerhalb der Verwaltung „vor Ort“ erforderlich.

Wesentlich ist hierbei vielfach der Einsatz von kommunalen Klimaschutzmanager/innen, welche die Planung und Koordinierung einzelner Maßnahmen begleiten. Diese Aufgabe gilt es nicht nur befristet, sondern dauerhaft von Seiten des Bundes und der Länder zu fördern.

Hitzeinseln reduzieren, Flächen entsiegeln, Kaltluftschneisen schaffen

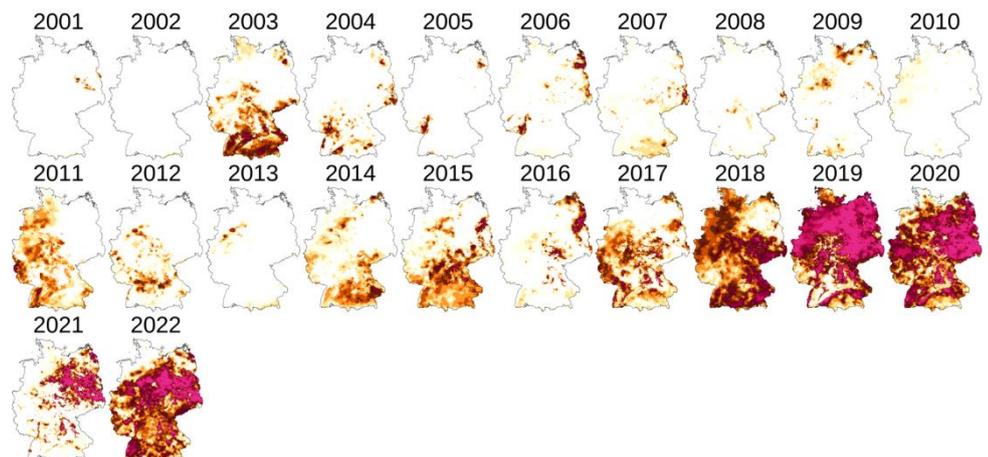
Dichte Bebauung und ein hoher Versiegelungsgrad mit einer geringen Begrünung, vor allem in verdichteten Gebieten, führen bei langanhaltend hohen Temperaturen zu Hitzestaus und Aufheizungen, sogenannten Hitzeinseln. Versiegelte Flächen verhindern die Verdunstung aus Boden und Vegetation und eine damit verbundene Abkühlung. Dies muss in der zukünftigen Stadtplanung mitgedacht werden.

Dies gilt auch für die stadtklimatisch notwendige Freihaltung von sog. Frischluftschneisen. Da Kaltluft schwerer ist als erwärmte Luft, stören in der Praxis bereits kleine bauliche Barrieren den Luftaustausch in den Städten. Die häufig bestehenden Interessenkonflikte zwischen einer notwendigen Nachverdichtung im Innenbereich, etwa zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Ballungsgebieten und den Erfordernissen der Klimaanpassung müssen zukünftig zusammen gedacht werden. Eine vorausschauende Planung im Sinne der doppelten Innenentwicklung, insbesondere mit Fokus auf die Nutzung von Brach- und Konversionsflächen, bietet hier wesentliche Ansatzpunkte.

Schwammstädte konzipieren

Das Prinzip der „Schwammstadt“ ist ein wichtiger Aspekt städtebaulicher Planung. Regenwasser in Städten und Gemeinden versickert oder verdunstet selten, da es häufig rasch abgeleitet wird. Eine wassersensiblen Stadtentwicklung, nutzt das Potenzial der Ressource Wasser, indem sie es gezielt bei der Anpassung an Klimafolgen einsetzt. Daher gilt es, ein intelligentes Abwasser- und Regenwassermanagement sowie vorausschauend eine wasserbewusste Stadtentwicklung zu etablieren.

Regenwasser sollte nicht gleich in Abwasserkanäle abgeleitet, sondern aufgefangen und nutzbar gemacht werden. Dieser Aspekt ist sowohl für die Hitzevorsorge als auch für ein naturnahes Regenwassermanagement in den Städten und Gemeinden von Bedeutung. Grünflächen, die ausreichend mit Wasser versorgt sind, dienen in der Regel als „natürliche Kühlschränke“. Die Kühlleistung kann durch die Speicherung von Regenwasser, bodenverbessernden Maßnahmen und kontinuierlicher Versorgung der Vegetation mit Wasser weiter gesteigert werden.



Dürreintensität in der Vegetationsperiode April bis Oktober für den Gesamt- und Oberboden, Quelle: UFZ-Dürremonitor/ Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

Blau-grüne Infrastruktur fördern

Innerstädtische Grün- und Wasserflächen, Parkanlagen oder auch Kleingärten regulieren in sommerlichen Hitzeperioden das innenstädtische Klima und beugen deren Überhitzung vor. Dies gilt es zukünftig stärker im Rahmen der Bauleitplanung und Stadtentwicklung zu beachten.

Dach- und Fassadenbegrünungen fördern nicht nur die Biodiversität im innerstädtischen Bereich, sie haben auch nachweislich positiven Einfluss auf das städtische Mikroklima und können insbesondere Temperaturspitzen abmildern.

Gerade in Bereichen mit geringen Gebäudeabständen kann eine Fassadenbegrünung eine Ergänzung oder Alternative zur Bepflanzung mit Bäumen sein. Sie wirkt sich hitzemildernd aus, da die Abstrahlung einer Hauswand spürbar vermindert wird. Auch Dachbegrünungen wirken dem Wärmeineffekt klar entgegen und verhindern das Aufheizen von Gebäuden. Gleichzeitig übernehmen sie wichtige Funktionen bei der Regenwasserrückhaltung. Indem der oberirdische Wasserabfluss zeitlich verzögert wird, verhindern sie die Überlastung der kommunalen Entwässerung. Zudem kommt es durch die Verdunstung und die Pflanzenaufnahme des Regenwassers zu einer Verringerung der Gesamtabflussmenge.

Zusätzlich übernehmen Grün- und Wasserflächen wichtige Funktionen in der Naherholung und Freizeitgestaltung. Aufgrund der in Zukunft zu erwartenden, sich häufenden Trockenperioden empfiehlt sich die schrittweise Umstellung

auf hitze- und trockenheitstolerante Pflanzen und Bäume, die wenig Wasser benötigen. So kann gewährleistet werden, dass auch in Zukunft städtische Parks und Gartenanlagen langfristig und resilient aufgestellt sind.

Hinzu kommt, dass mit schattenspendenden Stadtbäumen der Klimakomfort deutlich verbessert werden kann. Durch Schatten und Transpirationsprozesse wirken Stadtbäume vor allem in Bodennähe der Wärmebelastung in stark verdichteten Gebieten entgegen und tragen so zur Verbesserung des Klimas bei.

Wasserressourcen schonen und Bevölkerung sensibilisieren

Schon jetzt treten in Deutschland immer häufiger regionale Wasserknappheiten auf. Dies wird zukünftig weiter zunehmen und auch bisher verschont gebliebene Regionen betreffen. Einzelne Kommunen mussten bereits in den vergangenen Jahren leergelaufene Wasserspeicher melden und eine zeitweise Notversorgung der Bevölkerung sichern.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Trinkwasserversorgung ist ein aktives Wassermanagement erforderlich. Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen. Die ständige Verfügbarkeit einer Mindestmenge an Trinkwasser muss daher hinsichtlich der Bemühungen von Bund, Ländern und kommunaler Wasserwirtschaft eine besondere Bedeutung zukommen. Dafür muss die nachhaltige Erhaltung und Pflege des Grundwassers und der Oberflächengewässer entsprechend den Vorgaben des

Wasserhaushaltsgesetzes und der Wasserrahmenrichtlinie konsequent umgesetzt werden.

Ein dezentrales Wassermanagement, das zugleich die Anforderungen des Klimawandels bzw. des Naturschutzes aufgreift, wird weiterhin von den Kommunen und ihren Unternehmen vorangetrieben. Bund und Länder müssen daher die Städte und Gemeinden in den vorgenannten Bereichen fördern und auch die Erarbeitung regionaler Wasserversorgungskonzepte langfristig unterstützen.

Zugleich muss die Bevölkerung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Trinkwasser sensibilisiert und hierzu angehalten werden. Nur so kann eine Anordnung von Nutzungsbeschränkung als letztes Mittel verhindert werden. Zudem ist zu prüfen, inwieweit zusätzliche Wasserspeicherkapazitäten „vor Ort“, auch in Form von Trinkwasserbrunnen, geschaffen werden müssen, um den Bedarf in Hitzeperioden bedienen zu können.

Berlin, 23. Mai 2023

